

Braucht es eine Abstimmung?

Zustimmung für die Initiative der Wirtschaftskammer zu Familie und Beruf

Am 11. Februar 2016 hat die Wirtschaftskammer Liechtenstein ein Initiativbegehren zur Abänderung des Familienzulagengesetzes bei der Regierung angemeldet. Nach erfolgreicher Unterschriftensammlung konnten die Initianten der Wirtschaftskammer bereits vorzeitig die beglaubigten Unterschriften mit dem Initiativbegehren «Familie und Beruf» bei der Regierung einreichen. Diese hat die eingereichten Unterschriften überprüft und 1 144 gültige Unterschriften festgestellt. Das Initiativbegehren ist somit zustande gekommen und wird bereits am 8. Juni 2016 vom Landtag behandelt.

Eine Schwangerschaft soll nach unseren Vorstellungen nicht weiter als Krankheit angesehen werden, wie das nach dem geltenden Recht der Fall ist, weil das Krankenversicherungsgesetz keinen Unterschied zwischen Mutterschaft und Krankheit macht. Mit unserer Initiative fordern wir, dass das Mutterschaftstaggeld durch die FAK ausbezahlt wird. Die FAK, die von den Beiträgen der Unternehmen finanziert wird, verfügt über die entsprechenden Überschüsse, um die Tagelder bei Mutterschaft zu bestreiten. Auf der anderen Seite werden durch den Wegfall der Mutterschaftstaggelder die Prämien für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer günstiger.



Dem Landtag liegt ein positiver Bericht der Regierung zu unserer Initiative vor, die erforderliche Anzahl Unterschriften für das Initiativbegehren sind beisammen: Also fragt man sich im Ernst, ob es wirklich noch eine Volksabstimmung braucht? Wäre es nicht einfacher, der Landtag würde unsere Initiative einfach umsetzen und auf eine Volksabstimmung verzichten?

Mit der Protestaktion vor dem Regierungsgebäude für «Gleich lange Spiesse» und mit dieser Initiative zeigt die Wirtschaftskammer, dass mit geschlossenem Auftreten berechnete Anliegen in der Bevölkerung auf Zustimmung stossen. Auch die sehr gut besuchte Jahresversammlung wies auf die Geschlossenheit des Gewerbes hin. Ich möchte mich bei allen für ihre Teilnahme bedanken – auch für meine einstimmige Wiederwahl!

Noldi Matt, Präsident der Wirtschaftskammer Liechtenstein

Der Ritterschlag für die Initiative

Nun steht es also fest: Der Landtag wird sich mit der Initiative Familie und Beruf befassen müssen, da die Wirtschaftskammer fristgerecht die nötige Anzahl Unterschriften gesammelt und eingereicht hat – und das in nur drei Wochen. Sollte der Landtag die Initiative annehmen, wird sie umgesetzt, sollte er sie ablehnen, gibt es eine Volksabstimmung. Das muss doch nicht sein. Wenn schon niemand gegen diese Initiative aufbegehrt, muss es auch der Landtag nicht, zumal auch ohne grosses Studium der Vorlage die Vorteile klar überwiegen. Übrigens: Gespart hätte der Landtag bei einem Ja auch noch, schliesslich könnte er die Kosten einer Volksabstimmung einsparen. Zwei Fliegen mit einer Klappe.

Wir werden es sehen. Jetzt bin ich mal gespannt, ob eine Schwangerschaft bei unseren 25 klugen Köpfen als Krankheit bewertet wird oder nicht. Für mich von besonderem Interesse ist auch, was wohl die fünf weiblichen Abgeordneten dazu sagen. Und unsere Volksvertreter können nun auch einmal beweisen, dass sie etwas Konkretes für die Wirtschaft und das Gewerbe tun. Lippenbekenntnisse hatten wir während den letzten Jahren genügend – Stichwort gleich lange Spiesse!

Auffallend ist, dass alles bisher ohne Nebengeräusche ablief – nicht einmal die fleissigsten Leserbriefschreiber machten diese Initiative zum Thema – was

für ein Unterschied zum Leserbrief-Kita-Geschrei über den Regierungsvorschlag. Mehr noch: Nicht einmal der Arbeitnehmerverband zog gegen die Initiative zu Felde – eigentlich der Ritterschlag für die Initiative.



Ihr Gwerbler
gwerbler@wirtschaftskammer.li

Wir sagen Danke!

Die Initianten der Initiative «Familie und Beruf» konnten am Mittwoch, 11. Mai 2016, die notwendigen Unterschriften der Regierung übergeben. Innerhalb kürzester Frist konnten

1144 gültige Unterschriften gesammelt werden. Die Initianten und Vertreter der Wirtschaftskammer Liechtenstein bedanken sich bei allen Unterstützern herzlich. Die Initiative wird im Juni-

Landtag behandelt. Es liegt nun an den Abgeordneten zu beschliessen, ob eine Volksabstimmung angeordnet oder der Gesetzesvorschlag der Wirtschaftskammer umgesetzt wird.



Hans-Peter Tschüscher, Jürgen Nigg, Peter Sele, Stabsstelle Regierungskanzlei, Arnold Matt und Isabell Schädler (v.l.n.r.).
(Foto: Michael Zanghellini)